

Digitales Amtsblatt

für
den Landkreis Holzminden



Jahrgang 2022

Holzminden, den 01.02.2022

Nr. 8

<u>Lfd. Nr.</u>	<u>I n h a l t</u>	<u>Seite</u>
8	Allgemeinverfügung des Landkreises Holzminden über die Pflicht zum Tragen von Mund-Nase-Bedeckungen für Teil- nehmende bei Versammlungen i.S.v. Art. 8 Grundgesetz vom 01.02.2022	26
9	Allgemeinverfügung des Landkreises Holzminden zur Feststellung der Warnstufe 3 vom 01.02.2022	30

Allgemeinverfügung des Landkreises Holzminden über die Pflicht zum Tragen von Mund-Nase-Bedeckungen für Teilnehmende bei Versammlungen i.S.v. Art. 8 Grundgesetz

Der Landkreis Holzminden erlässt gem. § 8 Abs. 1 Niedersächsisches Versammlungsgesetz (NVersG) vom 7. Oktober 2010, zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 20.05.2019 (Nds. GVBl. S. 88) in Verbindung mit § 7c Niedersächsische Verordnung über infektionspräventive Schutzmaßnahmen zur Eindämmung des Coronavirus SARS-CoV-2 und dessen Varianten vom 23.11.2021 (Nds. GVBl. S. 770) in der derzeit geltenden Fassung (Niedersächsische Corona-Verordnung) in Verbindung mit § 1 Abs. 1 Niedersächsisches Verwaltungsverfahrensgesetz (NVwVfG) und § 35 Satz 2 Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) folgende Allgemeinverfügung:

1. Die Teilnehmenden, Leitenden sowie Ordnerinnen und Ordner bei Versammlungen unter freiem Himmel i.S.v. Art. 8 GG auf dem Gebiet des Landkreises Holzminden sind verpflichtet, eine Atemschutzmaske mindestens des Schutzniveaus FFP2, KN 95 oder eines gleichwertigen Schutzniveaus zu tragen. Dies gilt auch bei nicht angezeigten Versammlungen im Sinne des § 2 NVersG.

Hiervon ausgenommen sind Personen, denen aufgrund von Vorerkrankungen, wegen des höheren Atemwiderstands, das Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung nicht zumutbar ist. Dies ist gegenüber polizeilichen Einsatzkräften vor Ort auf Verlangen durch ein ärztliches Attest oder eine vergleichbare amtliche Bescheinigung glaubhaft zu machen. Ebenfalls ausgenommen sind Kinder bis zur Vollendung des 6. Lebensjahres. Kinder zwischen dem vollendeten 6. Lebensjahr und dem vollendeten 14. Lebensjahr dürfen anstelle einer medizinischen Maske eine beliebige andere geeignete textile oder textilähnliche Barriere, die aufgrund ihrer Beschaffenheit eine Ausbreitung von übertragungsfähigen Tröpfchenpartikeln durch Husten, Niesen und Aussprache verringert, unabhängig von einer Kennzeichnung oder zertifizierten Schutzkategorie, als Mund-Nasen-Bedeckung tragen.

2. Es wird bestimmt, dass diese Allgemeinverfügung am Tage nach ihrer ortsüblichen Bekanntmachung als bekannt gegeben gilt (§ 41 Abs. 4 VwVfG).
3. Die sofortige Vollziehung von Nr. 1 wird angeordnet.
4. Die Allgemeinverfügung gilt bis zum Ablauf des 14. März 2022, eine Verlängerung bleibt vorbehalten.

Begründung:

Zu Nr. 1:

Der Landkreis Holzminden ist nach § 24 Abs. 1 S. NVersG die zuständige Versammlungsbehörde für sein Gebiet. Dies gilt mit Ausnahme der Gebiete der Stadt Holzminden, die diese Aufgabe in eigener Zuständigkeit wahrnehmen. Rechtsgrundlage für die getroffenen Maßnahmen ist § 8 Abs. 1 NVersG. Danach kann die zuständige Behörde eine Versammlung unter freiem Himmel beschränken, um eine unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung abzuwehren. Nach § 7 c S. 2 Nds. Corona-Verordnung kann die zuständige Versammlungsbehörde zum Schutz vor Infektionen mit dem Corona-Virus SARS-CoV-2 die Versammlung auf Grundlage des Niedersächsischen Versammlungsgesetzes beschränken.

Die Regelung ist als Allgemeinverfügung nach § 35 S. 2 VwVfG zu treffen, da zahlreiche Versammlungen mit verschiedenen Veranstaltern im Gebiet des Landkreises Holzminden stattfinden. Neben fristgerecht angezeigten Versammlungen finden in letzter Zeit landesweit vermehrt nicht angezeigte Versammlungen sowie Eil- und Spontanversammlungen statt. Bei diesen kann die Versammlungsbehörde den Infektionsschutz nicht in einem Kooperationsgespräch thematisieren und möglichst auf dieser Basis sicherstellen. Um dennoch in der aktuellen Infektionslage ein Mindestmaß an Infektionsschutz bei allen Versammlungen zu regeln, ergeht diese Allgemeinverfügung.

Öffentliche Sicherheit im Sinne des § 8 Abs. 1 NVersG umfasst den Schutz zentraler Rechtsgüter wie Leben, Gesundheit, Freiheit, Ehre, Eigentum und Vermögen des Einzelnen sowie die Unversehrtheit der Rechtsordnung und der staatlichen Einrichtungen. Dabei kann sich eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit auch aus anderweitigen gravierenden Gefahren für hochrangige Schutzgüter wie Leib und Leben (Art. 2 Abs. 2 GG) oder die Aufrechterhaltung des öffentlichen Gesundheitssystems im Falle einer Pandemie durch ein hochansteckendes Virus mit einer hohen Anzahl schwerer Erkrankungsverläufe ergeben (OVG Lüneburg, Beschluss vom 26. Juni 2020 – 11 ME 139/20 –, juris, Rn. 17).

Eine unmittelbare Gefährdung setzt eine konkrete Sachlage voraus, die bei ungehindertem Geschehensablauf mit hoher Wahrscheinlichkeit zu einem Schaden für die der Versammlungsfreiheit gegenüberstehenden Rechtsgüter führt. Zum Zeitpunkt des Erlasses dieser Allgemeinverfügung liegen erkennbare Umstände vor, dass eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit mit hoher Wahrscheinlichkeit zu erwarten ist. Hierfür liegen nachweisbare Tatsachen als Grundlage der Gefahrenprognose vor.

Nach § 7c der Nds. Corona-Verordnung hat die Veranstalterin oder der Veranstalter einer Versammlung unter freiem Himmel nach Artikel 8 des Grundgesetzes durch geeignete Maßnahmen den Schutz vor Infektionen mit dem Corona-Virus SARS-CoV-2 sicherzustellen. Die zuständige Versammlungsbehörde kann zum Schutz vor Infektionen mit dem Corona-Virus SARS-CoV-2 die Versammlung auf der Grundlage des Niedersächsischen Versammlungsgesetzes beschränken.

Das Robert Koch-Institut hat seine Risikobewertung bezüglich COVID-19 am 21.12.2021 angepasst. Es schätzt die Gefährdung für die Gesundheit der Bevölkerung in Deutschland insgesamt als sehr hoch ein. Ursächlich hierfür ist das Auftreten und die rasante Verbreitung der Omikronvariante, die sich nach derzeitigem Kenntnisstand deutlich schneller und effektiver verbreitet als die bisherigen Virusvarianten. Dadurch kann es zu einer schlagartigen Erhöhung der Infektionsfälle und einer schnellen Überlastung des Gesundheitssystems und ggf. weiterer Versorgungsbereiche kommen.

Der Inzidenzwert pro 100.000 Einwohner in den letzten 7 Tagen im Landkreis Holzminden liegt derzeit bei 834,7 (Stand RKI 01.02.2021). Zwar liegt dieser Wert zurzeit unter dem Landesdurchschnitt, die landesweite Hospitalisierungsrate beträgt aktuell 2,72 %. Die landesweite prozentuale Intensivbettenbelegung mit COVID-19 Patienten liegt bei 6,0 % (Stand 01.02.2021). Aufgrund der erwarteten Infektionsdynamik, insbesondere aufgrund der sich weiterhin stark verbreitenden Virusmutation Omikron ist zu verhindern, dass diese Werte in den nächsten Tagen ansteigen werden.

Bei Versammlungen ist zwingend der Mindestabstand von 1,5 m einzuhalten (§ 1 Abs. 2 der Nds. Corona-Verordnung). Versammlungen sind aber in aller Regel durch einen dynamischen Ablauf gekennzeichnet, so dass der Mindestabstand nicht konsequent einzuhalten und sicherzustellen ist. Denn nicht nur während der Versammlung kommt es zu Kontakten zwischen den Teilnehmenden, auch vor Beginn und nach dem Ende kommt es teilweise zu Berührungen untereinander, aber auch zu anderen Personen. Insbesondere bei sich fortbewegenden Versammlungen können die Teilnehmenden die zum Infektionsschutz erforderlichen Abstände nicht konsequent einhalten. Aufgrund des individuellen Geh tempos und der Entwicklung des Versammlungsverlaufs kommt es zu Stockungen, Beschleunigungen und Verschiebungen.

Doch auch bei ortsfesten Versammlungen stehen die Teilnehmenden in Kontakt zueinander und bewegen sich in der Menge, so dass die Mindestabstände nicht dauerhaft eingehalten werden können. Hinzu kommt, dass der Zweck der Versammlung, die gemeinsame Meinungskundgabe, durch Unterhaltungen und gemeinsames Rufen ein erhöhtes Risiko für Tröpfcheninfektionen mit sich bringt.

Es besteht daher das Risiko, dass sich auf Versammlungen eine erhebliche Anzahl von Personen mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 ansteckt und in der Folge das Gesundheitssystem belastet. Auch bei Versammlungen unter freiem Himmel besteht ein Infektionsrisiko, da viele Menschen auf engem Raum aufeinandertreffen und die Mindestabstände nicht einhalten. Dies zeigen auch die Erfahrungen der Versammlungsbehörde in den letzten Wochen.

Ziel der hier verfüigten Maßnahme ist es, im Interesse des Schutzes von Leben und Gesundheit eines und einer jeden die Bevölkerung vor der Infektion mit dem SARS-CoV-2-Virus zu schützen, die Verbreitung der Krankheit COVID-19 zu verhindern bzw. zu verlangsamen und eine Überlastung des Gesundheitssystems infolge eines ungebremsten Anstiegs der Zahl von Ansteckungen, Krankheits- und Todesfällen zu vermeiden.

Die Maskenpflicht ist geeignet, diesem Zweck zu fördern. Das Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung im öffentlichen Raum wird vom RKI empfohlen, insbesondere, wenn das Abstandsgebot nicht oder nur schwer eingehalten werden kann.

FFP2-Masken bieten nach aktuellen Studien einen besonders hohen Schutz, der aufgrund der prognostizierten Entwicklung der Pandemie ergriffen werden soll.

Die Maskenpflicht ist erforderlich. Eine Maßnahme ist erforderlich, wenn es kein gleich effektives, für den Adressaten weniger belastendes Mittel gibt, das Ziel zu fördern. Ein solches Mittel ist nicht ersichtlich. Insbesondere ist der Verweis auf die einzuhaltenden Mindestabstände nicht ausreichend. Denn die Einhaltung der Maskenpflicht kann anders als der Mindestabstand während der gesamten Versammlung konsequent eingehalten werden, so dass alle Beteiligten geschützt sind. Gegenüber Verboten von Versammlungen oder Begrenzungen auf ortsfeste Versammlungen stellt die Maskenpflicht das mildere Mittel dar. Ernsthafte Gesundheitsgefahren sind nach dem Stand der Wissenschaft durch das (kurzzeitige) Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung fernliegend (vgl. ausführlich OVG NRW, Beschl. v. 9.3.2021 - 13 B 266/21.NE -, juris Rn. 53 ff.).

Schließlich ist die Anordnung einer Maskenpflicht auch angemessen. Der mit ihr erzielte Erfolg steht nicht außer Verhältnis zu den für die Adressaten verursachten Nachteilen. Die körperliche Unversehrtheit nach Art. 2 Abs. 2 S. 1 GG der Versammlungsteilnehmenden, etwaiger Gegendemonstranten, von Passantinnen und Passanten, der eingesetzten Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten sowie die Funktionsfähigkeit des Gesundheitswesens wiegen schwerer als die Beschränkung der Versammlungsfreiheit. Eine Einschränkung der Meinungsäußerung geht mit dem Tragen einer Maske nicht einher. Auch mit Maske können sich die Teilnehmenden untereinander unterhalten und gemeinsam artikulieren. Auch bei Reden schränkt das Tragen der Maske nicht ein. Im Zweifel können Mikrophone oder Megafone eingesetzt werden.

Für Kinder und gesundheitlich beeinträchtigte Personen sind Ausnahmen von der Maskenpflicht vorgesehen.

Zu Nr. 2:

Gemäß § 41 Abs. 4 VwVfG wurde angeordnet, dass diese Allgemeinverfügung bereits ab dem Tag nach ihrer Bekanntmachung als bekannt gegeben gilt.

Zu Nr. 3:

Die Anordnung der sofortigen Vollziehung der vorstehend genannten und erläuterten Verfügung ist erforderlich, weil eine Klage gegen diese Verfügung gemäß § 80 VwGO grundsätzlich aufschiebende Wirkung hätte, sodass im Falle der Klageerhebung insbesondere nicht angezeigte Versammlungen dennoch ohne die verfügten Beschränkungen durchgeführt werden könnten. Das aber würde zu der unmittelbaren Gefahr für die öffentliche Sicherheit führen, die vorstehend dargelegt worden ist. Nur durch die sofortige Vollziehbarkeit dieser Verfügung ist gesichert, dass die zu erwartende Störung für die öffentliche Sicherheit abgewehrt werden kann.

In der Abwägung habe ich dem Interesse an der Beachtung dieser Allgemeinverfügung Vorrang vor dem Interesse der Beteiligten am Erhalt der grundsätzlich gegebenen aufschiebenden Wirkung einer Klage eingeräumt.

Zu Nr. 4:

Diese Allgemeinverfügung tritt mit ihrer Bekanntgabe in Kraft. Die ortsübliche Bekanntmachung erfolgt nach § 11 NKomVG in Verbindung mit § 8 Abs.1 und 2 der Hauptsatzung des Landkreises Holzminden vom 24.11.2021 im elektronischen amtlichen Verkündigungsblatt des Landkreises im Internet, unter der Adresse www.landkreis-holzminden.de/unser-landkreis/amtsblatt. Die Allgemeinverfügung gilt mit der Bereitstellung im elektronischen amtlichen Verkündigungsblatt als bekannt gegeben und tritt am Folgetag in Kraft.

Sie ist bis zum Ablauf des 14. März 2022 befristet, eine Verlängerung bleibt aber vorbehalten.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diese Allgemeinverfügung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage beim Verwaltungsgericht Hannover, Leonhardtstraße 15, 30175 Hannover erhoben werden.

Holzminden, den 01.02.2022
Landkreis Holzminden
Der Landrat

In Vertretung

(gez. Humburg)

ALLGEMEINVERFÜGUNG des Landkreises Holzminden zur Feststellung der Warnstufe 3

Gemäß § 3 a der Niedersächsischen Verordnung über Maßnahmen zur Eindämmung des Corona-Virus SARS-CoV-2 (Niedersächsische Corona-Verordnung) wird folgende Allgemeinverfügung erlassen:

1. Es wird festgestellt, dass über den 02. Februar 2022 hinaus die Warnstufe 3 im Landkreis Holzminden gilt und der Indikator „Neuinfizierte“ von 350 gemäß § 2 Abs. 4 der Niedersächsischen Corona-Verordnung überschritten wird.
2. Diese Allgemeinverfügung ist sofort vollziehbar.
3. Es wird bestimmt, dass diese Allgemeinverfügung am Tage nach ihrer ortsüblichen Bekanntmachung als bekannt gegeben gilt (§ 41 Abs. 4 Verwaltungsverfahrensgesetz).

Begründung:

Mit Änderung der Nds. Corona-Verordnung vom 14.01.2022 gilt bis zum 03.02.2022 aufgrund der Regelung in § 3 Abs. 5 Nds. Corona-Verordnung die Warnstufe 3 für das Land Niedersachsen. Mit Auslaufen dieser Regelung richtet sich die Festlegung der Warnstufen nach §§ 3, 3a Nds. Corona-Verordnung.

Gemäß § 3 a S. 1 i. V. m. § 3 der Nds. Corona-Verordnung hat der Landkreis bei Überschreitung des Wertes von 350 „Neuinfizierten“ (7-Tage-Inzidenz – Fälle je 100 000 - im Landkreis) in einem Fünftagesabschnitt, durch öffentlich bekannt zu gebende Allgemeinverfügung die Geltung der Warnstufe 3 festzustellen. Die jeweilige Warnstufe gilt ab dem übernächsten Tag nach dem Ablauf des Fünftagesabschnitts. Fünf aufeinanderfolgende Werktage bilden einen Fünftagesabschnitt im Sinne dieser Norm, wobei Sonn- und Feiertage nicht die Zählung der Werktage unterbrechen (§ 3 Abs. 1 S. 1 Nds. Corona-Verordnung).

Nach § 3 Abs. 5 S. 2 der Nds. Corona-Verordnung hat der Landkreis nach Auslaufen der landesweiten Warnstufenregelung die ab dem 03.02.2022 geltende Warnstufe festzustellen.

Seit dem 21.01.2022, also seit mehr als 5 Werktagen, überschreitet der Indikator „Neuinfizierte“ im Landkreis Holzminden durchgängig den Wert von mehr als 350, so dass gemäß § 3 a die entsprechende Feststellung zu treffen ist.

Die Feststellung der Warnstufe gilt ab dem 03.02.2022 als übernächstem Tag nach Erlass dieser Allgemeinverfügung.

Widerspruch und Anfechtungsklage gegen diese Allgemeinverfügung haben keine aufschiebende Wirkung (§§ 28 Abs. 3, 16 Abs. 8 IfSG).

Gemäß § 41 Abs. 4 VwVfG wurde angeordnet, dass diese Allgemeinverfügung bereits ab dem Tag nach ihrer Bekanntmachung als bekannt gegeben gilt.

Hinweis:

Das Land Niedersachsen hat angekündigt, für die Zeit nach dem 02.02.2022 erneut landesweit die Warnstufe 3 festzustellen. Da die entsprechende Verordnung derzeit noch nicht vorliegt, war der Landkreis Holzminden gehalten, jetzt für den übernächsten Tag die Warnstufe 3 festzustellen.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diese Allgemeinverfügung kann innerhalb eines Monats nach ihrer Bekanntgabe Klage beim Verwaltungsgericht Hannover, Leonhardtstraße 15, 30175 Hannover erhoben werden.

Holzminden, den 01.02.2022
Landkreis Holzminden
Der Landrat

In Vertretung

gez. Humburg